REGIERUNG

„Ich darf nicht wackeln“

Gerhard Schröder und Joschka Fischer sind entschlossen, den Krieg fortzuführen – und fürchten, daß die Stimmung kippt, wenn die Bomben Milošević nicht bald zur Kapitulation zwingen. In der SPD und bei den Grünen meldet sich zunehmend Widerstand gegen den Nato-Einsatz.

REUTERS

Amerikanischer „Stealth“-Bomber beim Start in Aviano: *Ursache und Wirkung beginnen zu verschwimmen*

Die wichtigste Fernsehnachricht kommt jetzt täglich am Schluß: das Wetter. Für die Ostertage sei in Europa mit frühlingshaften Temperaturen zu rechnen, azurblauen Himmel über der Adria versprachen die Meteorologen am Beginn der Karwoche.

An solchen Vorhersagen ist die deutsche Regierung brennend interessiert. Im Bonner Kanzleramt und vor allem im Lagezentrum der Militärs auf der Hardthöhe werden sie jeden Tag auf das sorgfältigste analysiert.

Mehrfach konnten die Kampfjets der Nato Mitte der Woche wegen Nebels und schlechter Sicht ihre Bombenlast nicht über Belgrad oder im Kosovo abwerfen. Nun kündigte sich mit einem Hochdruckgebiet eine möglicherweise entscheidende Wende im Krieg gegen Slobodan Milošević an. „Wir werden richtig zulangen“, versprach Verteidigungsminister Rudolf Scharping grimmig.

Daß in Belgrad und im Kosovo weitergebombt wird, hat ein kantiger Kriegskanzler am Dienstag vor Ostern mit brüsker Entschiedenheit verkündet. Nach dem Besuch des russischen Premierministers Jewgenij Primakow, an dessen Mission in Belgrad sich Hoffnungen zumindest auf einen Oster-Frieden geknüpft hatten, machte Schröder unzweideutig klar: „In dieser labilen Situation darf ich nicht wackeln.“

Das Gesicht wie in Granit gemeißelt, die Mundwinkel ohne jede spöttische Regung, preßte er zwischen schmalen Lippen hervor: „Keine Basis für Verhandlungen.“

Die Minister Joschka Fischer und Scharping, neben Schröder stumme Teilnehmer der Pressekonferenz im Kanzleramt, waren augenscheinlich angefaßt von der Wucht ihrer Verantwortung in diesem unheimlichen Spiel um Krieg und Frieden.

Die drei Männer saßen da wie eine graue Wand. Die letzten Tage und Wochen haben sich in ihre müden Gesichter gegraben. Acht Jahre hatte Helmut Kohl gebraucht, bis er seinen Platz mit der Wiedervereinigung im Geschichtsbuch bekam, die Nachfolger, die Deutschland in den ersten Krieg nach der bedingungslosen Kapitulation von 1945 führen, sind jetzt schon

M.-S. UNGER

Russischer Premier Primakow, Kanzler Schröder*: *„Keine Basis für Verhandlungen“*

drin. Außenminister Fischer kann zuweilen nicht fassen, was da passiert: „Manchmal glaube ich, ich habe mich verlaufen.“

Die Entschlossenheit der drei aus der Nachkriegsgeneration, die einmal eingegangene Verpflichtung durchzuhalten, ist unverkennbar. Sie drückt sich nicht nur deshalb so grimmig aus, weil es um ihre persönliche politische Existenz geht. In ihr spiegelt sich auch die Anstrengung, die eigenen Zweifel über den Erfolg der Nato-Operation „Alliierte Kraft“ niederzuhalten. Alle haben sie Skrupel. Aber weiß einer etwas Besseres?

„Daß die Spaltung durch viele einzelne Menschen selbst in unserer Partei hindurchgeht“, wie die Grünen-Sprecherin Antje Radcke sagt, trifft auch für den Kanzler und seine beiden am tiefsten ins Geschehen verstrickten Minister zu. Kaum je in der deutschen Geschichte dürften in einer Kriegs- und Krisensituation die Gefühle und Zweifel von Regierung und Regierten so nahe beieinandergelegen haben.

Aber die Zweifel im Lande nehmen zu. Die Nato muß jetzt beweisen, daß sie den Serbenführer an der Fortsetzung der „humanitären Katastrophe“ und der „ethnischen Säuberung“ im Kosovo hindern kann. Bisher zeigten die TV-Bilder nur das Gegenteil: immer mehr Flüchtlinge, die über immer mehr Verbrechen berichteten. Obwohl die Experten wissen, daß die Vertreibung und Ermordung der Albaner aus dem Kosovo schon anfingen, bevor die Nato sich zum Eingreifen entschloß, beginnen Ursache und Wirkung zu verschwimmen.

„Es ist zum Verzweifeln“, klagte Scharping, „die Leute glauben am Ende, die Nato habe den Exodus ausgelöst.“ Entsprechend beklommen und bedrückt war die Stimmung, als das Kabinett am vorigen Mittwoch mehr als zwei Stunden über die Lage im Kosovo beriet.

Anfangs hatten die Meinungsumfragen überwiegend Zustimmung signalisiert: 64 Prozent der Deutschen hielten die Angriffe der Nato gegen Milošević für richtig. Aber wie lange? Tag für Tag fliegen die „Tornados“ und kehren nach Piacenza zurück – und doch bleibt die erhoffte Wirkung auf Milošević bislang aus. Und der serbische Präsident konnte triumphieren, als am vorigen Mittwoch drei US-Soldaten, in Mazedonien stationiert, in Gefangenschaft gerieten.

Ein Problem besonderer Art stellt auch das deutsche Kontingent im mazedonischen Tetovo dar. Die Bundeswehr-Soldaten sind dort wie auf dem Präsentierteller für serbische Attacken stationiert (siehe Seite 26). Ex-Verteidigungsminister Volker Rühe machte zum Ärger seines Nachfolgers darauf aufmerksam. Gemeinsam mit Scharping war er eigentlich zu „Sabine Christiansen“ in die ARD am vergangenen Sonntag eingeladen. Scharping sorgte dafür, daß sein Vorgänger ausgeladen wurde.

Im Unterholz von Grünen und SPD rumort es zunehmend. Eine Umfrage, von Emnid im Auftrag des SPIEGEL Anfang der Woche erhoben, als die Meldungen über den Massenmord an den Kosovo-Albanern langsam einliefen, sagt aus, daß 64 Prozent der Deutschen sich Verhandlungen wünschen und – in diesem Falle – eine Einstellung der Luftangriffe.

Die Bundeswehrführung fürchtet mehr als alles andere jenen Tag, an dem ein deutscher Soldat tot in die Heimat zurückkehrt – im Plastiksack, nicht im viel zitierten Zinksarg. Erhebt sich dann Widerspruch? „Ich gehe davon aus, daß bei sehr vielen Menschen die Zustimmung auch im Falle erster merklicher Opfer nicht sofort zusammenbricht“, meint der scheidende Bundespräsident Roman Herzog (siehe Seite 30).

Immer häufiger wurde in den Hintergrundsendungen des Fernsehens, in den TV-Talks

Halten Sie den Krieg, den die Nato gegen Serbien führt, nach wie vor für gerechtfertigt?

Ja **50** | Nein, nicht mehr **18** | War nie gerechtfertigt **28**

Sollte die Nato ihre Angriffe jetzt einstellen, um eine Verhandlungslösung anzustreben?

Ja **64** | Nein **33**

Sollten im Falle eines Einsatzes von Bodentruppen im Kosovo auch deutsche Soldaten teilnehmen?

Ja **36** | Nein **61**

Antworten in Prozent an 100 fehlende Prozent: keine Angabe; Emnid-Umfrage für den SPIEGEL; 29. und 30. März; rund 1000 Befragte

DER SPIEGEL

* Am vergangenen Dienstag in Bonn.

Was suchen wir auf dem Balkan?

RUDOLF AUGSTEIN

In der vorigen Woche gab es neben anderen zwei Leute, die sich unabhängig voneinander gegen die Bomberei aussprachen: Hamburgs früheren Bürgermeister Henning Voscherau, den Gerhard Schröder nur zu gern nach Bonn geholt hätte, und Egon Bahr, der aufgrund der Nazi-Gesetze mehr als Fahnenjunker nicht werden konnte – im Gegensatz zu mir, der eine gewisse Vorstellung von einem Bodenkrieg hat. Ich durfte ihn zwischen Woronesch und Kiew mitmachen.

Man muß bezweifeln, daß die politischen und militärischen Anführer des jetzigen Krieges je ihren Fuß auf feindlichen Boden gesetzt haben – ausgenommen den Nato-Oberbefehlshaber für Europa, Wesley Clark, der in Vietnam schwer verwundet wurde –, sonst hätten sie sich, teilweise sogar frohen Mutes, in dieses unkalkulierbare Abenteuer nicht begeben.

Als Beispiel für die falsche Planung braucht man nur die Teilrepublik Montenegro mit dem sich zu Menschen- und Minderheitenrechten bekennenden Präsidenten Milo Djukanović zu nehmen, der westlich gesinnt war, es nun aber wohl nicht mehr ist; und das nicht nur, weil er inzwischen schon fürchten muß, daß über seiner Region Nato-Bomber mit Hilfsgüter-Fliegern zusammenstoßen. Man zerbombt nicht das Gebiet, dessen Bevölkerung man helfen oder retten will.

Amerika unter Clinton hat sich aufgrund seiner einzigartigen Rüstungstechnik recht großmäulig aufgeführt. Auch die US-Bürger haben das Ende des Kalten Krieges nicht unbeschadet überstanden. Nun aber wird sich eine Kluft zwischen Europa und Amerika auftun, die zu überbrücken schwer genug sein wird. Die Amerikaner werden lernen müssen, daß die Freund-Feind-Konzepte der beiden großen Weltkriege inzwischen veraltet sind und es neue Konfliktstrategien nicht wirklich gibt. Es steht zu fürchten, daß sie an einem doppelt so teuren Tarnkappenflugzeug herumfuhrwerken werden, das selbst der Pilot erst wahrnehmen kann, wenn er mit der Nase gegen sein Fluggerät stößt. H. G. Wells hat schon um die Jahrhundertwende solcherlei Schwachsinn karikiert.

In Wahrheit können die Amerikaner in diesem Krieg gar nichts mehr ausrichten, vor allem deshalb nicht, weil sie von vornherein erklärt haben, daß der Einsatz von Bodentruppen nicht in Frage komme. Inzwischen ist es aber schon soweit, daß man selbst in Österreich darüber nachdenkt, ob man denn überhaupt ohne die Entsendung von Bodentruppen auskommen kann. Österreichs militärisches Gerät ist im Vergleich ziemlich armselig, aber man kann dort denken und Schlüsse ziehen, was sich die deutsche Bundesregierung einstweilen verbietet.

Wenn Leute wie Voscherau, Bahr und auch ich den Ariadne-Faden versuchen zurückzuspulen, so kommen wir unweigerlich an den Punkt, an dem die Amerikaner einen gloriosen technischen Krieg führen wollten, wie 1991 gegen den Irak – ohne die Festlegung auf Bodentruppen allerdings.

Aber geschwächt worden ist nun die Nato, geschwächt der Sicherheitsrat, und auch innerhalb der Nato werden sich Spaltungen auftun, wenn Madeleine Albright künftig zum Kriege schreiten sollte. Slobodan Milošević ist nicht der einzige machtbesessene Diktator auf dieser Welt.

Sehr wohl mag es so sein, daß diese einzig verbliebene Weltmacht immer wieder doppelzüngig auftreten muß, nur verliert sie dadurch an innerer Kraft. Die USA unterstützen beispielsweise die Kurden im Irak gegen den dortigen Diktator Saddam Hussein; die Türken hingegen werden im Kampf gegen die Kurden von den Vereinigten Staaten ebenfalls gefördert.

Der Balkankrieg ist eine nicht zu unterschätzende Gefahr, weil der Konflikt so viele ethnische Gruppen berührt. Den amerikanischen Militärs fällt es immer schwer, an die Zivilisten zu denken. Die zählen im Grunde nur, wenn sie US-Bürger sind. Militärs denken an den Zusammenhalt der Nato und die USA daran, daß sie dort die geborene Führungsmacht sind.

Das mag bisher so gewesen sein, aber bleiben darf es so nicht. Der jetzige verheerende Feldzug hat es gezeigt. Dabei geht es hier nicht um Dank oder Undank. Wir Deutschen zumal hatten und haben den Amerikanern viel zu danken. Es geht um eine weltpolitische Strömung, an der wir teilhaben und in der wir mitrudern müssen. Aber nicht noch einmal darf man uns Deutsche in einen Krieg hineinzwingen, den unser aktives Militärpersonal vielleicht gern mitmacht, den aber, frankly spoken, die Regierung nicht will.

Mitte dieser Woche schien es so, als wäre dieser Einsatz als das erkannt worden, was er ist: als ein Fehler.

Am Anfang stand die unverbrüchliche Integrität Rest-Jugoslawiens, Kosovo und Montenegro eingeschlossen. Am Mittwoch ließ Präsident Clinton verlauten, man müsse sich über einen autonomen Staat Kosovo Gedanken machen. Diese Idee gibt es seit langem, aber der US-Präsident sollte sie nicht äußern. Es wird alles nur jeden Tag schlimmer.

Man fragt sich, was die Planer im Verteidigungsministerium William Cohens die ganze Zeit gemacht haben. Es muß unter ihnen serbische Spezialisten geben. Daß Milošević ein Schurke ist, mag ja stimmen. Aber würde sein Nachfolger nicht binnen kürzester Zeit auch als Schurke ausgemacht?

Machiavelli sagte schon: „Wenn du sicher bist, ein Übel nicht mehr vermeiden zu können, so schiebe es nicht länger vor dir her.“ Dies aber hat Washington getan. Als Ultima ratio hätte ein – unpopulärer – Bodenkrieg von vornherein in die Planung einbezogen werden müssen. Hier haben sich die USA und ihre europäischen Verbündeten eines sträflichen Leichtsinns schuldig gemacht.

Vor 60 Jahren lag Englands Stärke in seiner eisernen Entschlossenheit, Hitler unter gar keinen Umständen nachzugeben. Solch ein Vorgehen hätten die USA aber vor Beginn der Operation mit den Europäern besprechen müssen. Nur eben: Sie mögen ganz Belgrad in Schutt und Asche legen, es wird nichts helfen. Mit jedem Bomber wird man einen Rosinenbomber mitschicken müssen, weil Hunger und Elend drohen.

Für die Deutschen sollte es das letzte Mal sein, daß sie bei einem „Fehler“ dieser Art mitmachen. Wir haben auf dem Balkan nur humanitär, nicht aber militärisch etwas zu suchen.

und in den Expertenrunden der Sinn des Krieges angezweifelt. Die „Bild“-Zeitung, ansonsten gern hurra-patriotisch, fragte vorsichtig: „Ist dieser Krieg richtig?“

Die totgeglaubte Ostermarsch-Bewegung meldete sich zurück: Über 100 Aktionen und Demos gegen den Krieg hat sie bundesweit angekündigt. Die 49jährige Ilona Rothe aus Erfurt, Mutter eines 24jährigen im mazedonischen Tetovo stationierten Soldaten, machte im Fernsehen mit der Erklärung Furore, sie habe „meinen Sohn nicht zum Sterben geboren, sondern zum Leben“.

Besorgt analysierten die außenpolitischen Berater des Kanzlers, wie labil die Stimmung unter den europäischen Verbündeten ist. In Paris, Rom und Mailand fanden schon zu Beginn des Krieges große Demonstrationen gegen den Nato-Krieg statt. Die auffallende Ruhe auf den deutschen Straßen zu Beginn des Krieges blieb eher die Ausnahme in Europa.

Von seinem italienischen Amtskollegen Massimo D’Alema erfuhr Kanzler Schröder, daß der Vatikan eine Offensive vorbereite. In seinem Ostersegen „urbi et orbi“ wolle der Papst für eine Waffenruhe während der Feiertage werben.

Aber je heftiger die Diskussionen darüber wurden, ob der Nato-Einsatz zum Erfolg führen kann, desto härter wurde Kanzler Schröder. „Wenn auch nur ein kleiner Riß entsteht“, kommentierte ein Kanzlerberater die Lage, „dann reißt der ganze Damm.“

Folgerichtig setzte die Regierung eine PR-Offensive in Gang, um das Volk hinter sich zu halten. Ein Krieg wie dieser sei „in fünf Tagen nicht zu machen“, so ein Regierungsmitglied. Es brauche „mindestens drei Wochen, um eine einigermaßen ernsthafte Schwächung“ der Serben herbeizuführen. So argumentierten auch die Militärs im Brüsseler Hauptquartier der Allianz.

Motivierende Bilder aus dem Kampfgebiet sollen die Ungeduld dämpfen und den Krieg für die Menschenrechte, den Minister und Staatssekretäre in einer Medien-Offensive erklären, legitimieren.

AP

Antideutsche Demonstration in Belgrad*: *Hochmoralische Begründung für den Krieg*

Die Luftaufnahmen sollen beweisen, daß im Kosovo Konzentrationslager eingerichtet werden. Scharping und das Kanzleramt haben die dringende Beschaffung solcher Belege angeordnet. Denn dafür gab es bis Mitte der Woche nur Indizien: ein paar abgehörte Funksprüche, die Berichte von Flüchtlingen, daß die Serben in Schulen und Fußballstadien Tausende Männer zusammengepfercht haben.

Seit dem vergangenen Mittwoch läßt die Bundeswehr aus Mazedonien Aufklärungsdrohnen starten, auch die Tornados sind an der Suche beteiligt. Die Amerikaner, die bisher auch nichts Genaues wußten, setzen ihre Satelliten zur Erhellung der Ereignisse auf dem Boden ein.

Den fotografischen Beweis, sobald er denn vorliegt, will die Regierung zur Rechtfertigung des Krieges unterbreiten. Auch die Russen sollen so öffentlich unter Druck gesetzt werden.

Die Suche blieb bis Mitte der Woche ohne Erfolg. Zwar machte eine Drohne der Bundeswehr Aufnahmen von dem Stadion in Priština, das als KZ genannt worden war – doch es war leer.

Die Nato-Jets haben jetzt Order, nicht nur Kasernen und Fabriken zu treffen, sondern auch die serbischen Panzer und Soldaten, die zum Genozid in das Kosovo eingerückt sind.

Daß die Deutschen für eine gute Sache kämpfen, sollen Kamerateams dokumentieren – wenn deutsche Zelte, Decken und Mittagessen an Flüchtlinge ausgegeben werden. „Wir müssen unsere Erfolge zeigen, sonst macht das alles keinen Sinn“, erläutert Regierungssprecher Uwe-Karsten Heye.

Auch die von Außenminister Fischer eilig einberufene Balkan-Konferenz am Donnerstag vor Ostern hatte zum Ziel, die größer werdende Lücke zwischen Kriegserwartungen und -ergebnissen zu füllen. Jeder wußte, daß das Treffen keine Entscheidungen bringen würde – weder für den Kriegsverlauf noch für die Nachkriegsordnung.

Je länger der Krieg dauert, desto entschlossener wirken der Kanzler und seine wichtigsten Minister.

Wie aus einer anderen Welt kommen Schröder in diesen Tagen Erinnerungen an den evangelischen Kirchentag von 1981 in Hamburg, als die damals regierenden Sozialdemokraten zum erstenmal geballt die Wut und die apokalyptischen Ängste der Friedensbewegung zu spüren bekamen. Da entschied sich der junge Bundestagsabgeordnete Schröder in der Frage des Nato-Doppelbeschlusses gegen seinen Kanzler Helmut Schmidt. „Schreibt endlich, daß ich die Nachrüstung mit Pershing 2 und Cruise Missiles ablehne, dann habe ich es hinter mir“, forderte er einen Journalisten auf.

Heute bekennt der Kanzler Schröder, daß damals der Kanzler Schmidt recht gehabt haben dürfte, er aber nicht.

Bisweilen stehen Schröder, Fischer und Scharping selbst ein bißchen neben sich, wenn sie ihren Wandlungen nachsinnen. Die Vorstellung, daß er vielleicht schon bald einer deutschen Familie erklären muß, daß ihr Sohn für ein sinnvolles Unterneh-

* Verbrennung einer DDR-Fahne am vergangenen Montag.

Haben Sie Angst, daß der Krieg sich ausweitet, möglicherweise zu einem großen europäischen Krieg?

Ja **45** Nein **54**

Glauben Sie, daß die Nato künftig die Rolle eines Weltpolizisten einnehmen wird?

Ja **50** Nein **40**

Wenn deutsche „Tornados“ abgeschossen oder die deutschen Soldaten in Mazedonien angegriffen werden, sollte die Bundesregierung dann den Rückzug anordnen?

Ja **47** Nein **47**

DER SPIEGEL

„Wir sichern nur uns selbst“

Gerät die Bundeswehr in Mazedonien ins Visier der Serben?

Das deutsche Feldlager Tetovo hat aufgerüstet. Meterhohe Nato-Stacheldrahtsperren sichern die mazedonische Infanteriekaserne an der Blagoja-Toska-Straße in der kleinen Stadt im Tal, 25 Kilometer von der Grenze zum Kosovo entfernt. Die Checkpoints am Eingang sind mit Sandsäcken befestigt, daneben stehen gepanzerte Radfahrzeuge als Bollwerk gegen serbische Angriffe.

Der Krieg findet hinter den Bergen statt, doch seit den täglichen Bombardements drüben im Kosovo fürchten die rund 1200 Soldaten, die in der Albaner-Hochburg Tetovo die Stellung halten, sie könnten womöglich selbst zum Ziel werden – so wie die drei US-Soldaten, angeblich auf Patrouille im zerklüfteten Grenzgebiet, die in einen Hinterhalt gerieten und gefangengenommen wurden.

P. BLAKELY / SABA

Bundeswehrsoldaten in Tetovo: *Waffe am Mann*

Am meisten schrecken die Deutschen die Jagdkommandos der Serben, paramilitärische Einheiten, die unbemerkt aus dem Kosovo über die Grenze nach Mazedonien kommen und Anschläge auf das Camp verüben könnten.

„Die Vorstellung, daß sie hier einsickern, unseren Nachschub, Lebensmittel, Treibstoff, Munition zerstören und Menschen töten, macht angst“, sagt Hauptfeldwebel Alfred Kaufmann, 38, aus Regen in Bayern.

Rund um die Uhr bewacht der Zugführer mit seinen 27 Panzergrenadieren das Nachschubmaterial auf dem nahe gelegenen Erebino-Berg, am Fuß des Siroki-Rid-Gebirgszuges. Allnächtlich können sie von dort die Nato-Kampfjets auf ihrem Weg ins Kosovo beobachten.

Für alle Soldaten hat Brigadegeneral Helmut Harff die Sicherheitsvorkehrungen erheblich verschärft. Sie haben striktes Alkoholverbot, keiner darf das Camp ohne dienstlichen Auftrag verlassen, wer raus muß, soll die 11 Kilogramm schwere schußsichere Bristol-Weste am Leib tragen, den Helm griffbereit und die Waffe „am Mann“ haben.

Ein Attentat, bei dem Bundeswehrangehörige verletzt oder getötet würden, könnte die Stimmung über die Beteiligung deutscher Soldaten am Nato-Einsatz schnell kippen lassen.

Jedes denkbare Bedrohungsszenario haben sie durchgespielt. Die Deutschen machen in den angrenzenden Bergen Infanterieverbände, Schützenpanzer und Transportpanzer der jugoslawischen Armee mit geschätzten 300 Mann aus. Doch würde ein Angriff vom mazedonischen Militär wohl rasch bemerkt, da in diesem Gelände selbst Kettenfahrzeuge nicht abseits der Straße rollen können.

Die Gefahr, von jugoslawischer Artillerie beschossen zu werden, schätzt die Truppe aus technischen Gründen als gering ein. Die serbischen Soldaten verfügen in Prizren im Kosovo, nur 20 Kilometer vom mazedonischen Nato-Quartier Kumanovo entfernt, über sogenannte D-30-Geschütze. Sie müßten die Rohrartillerie allerdings erst über Pässe auf Berge in 1100 Meter Höhe hieven, um die nötige Abschußhöhe zu erreichen. Derlei Vorkehrungen würden von den Drohnen entdeckt – unbemannten Aufklärungsflugkörpern, die aus der Luft das Kriegsgebiet überwachen.

Als ernsthaftes Risiko gilt den Deutschen die mobile Boden-Boden-Rakete Frog, die noch aus sowjetischen Zeiten stammt und über eine Reichweite von 65 Kilometern verfügt. Falls einige Frogs aus Belgrad in den Kosovo verlegt und von dort in Richtung Tetovo abgefeuert würden, könnte auch die Flugabwehr wenig dagegen ausrichten.

Immer um kurz nach acht Uhr abends, nach der Tagesschau im deutschen Fernsehen, klingeln im Camp die Handys. Die Angehörigen daheim sind zunehmend beunruhigt, oft kennen sie mehr Details über den Krieg als die Soldaten, die nur wenige Kilometer davon entfernt stationiert sind.

Das neue deutsche Kontingent traf Anfang März in Tetovo ein. Ein Teil sollte eigentlich die 1300 OSZE-Beobachter, die ins Kosovo entsandt worden waren, im Fall der Bedrohung schützen. Nach einer Einigung in Rambouillet hätte der Großteil der Deutschen an einer Friedenstruppe nach Bosnien-Muster teilnehmen sollen. Der erste Auftrag hat sich jedoch längst erledigt, die OSZE-Beobachter sind abgezogen worden, kurz bevor der Krieg ausbrach.

„Wir sichern aktuell nur das Material und uns selbst,“ sagt Zugführer Kaufmann, der mit seinen Leuten, jungen Freiwilligen kaum über 20 Jahre alt, vom Krieg und der eigenen Gefährdung überrascht wurde. „Die Soldaten hinterfragen das hier natürlich, manche wissen nicht recht, was sie in Mazedonien eigentlich sollen.“

Sie müssen sich auf einen längeren Aufenthalt einrichten, und sie machen das Beste daraus. Neben einem Containerdorf stehen inzwischen viele neue Zelte, die Straßen heißen „Passau“ oder „Highway to hell“ und sind mit Deutschland- und Bayernfahnen geschmückt. Die Soldaten zimmern sich Veranden aus Holz und genießen in der Freizeit die mazedonische Frühlingssonne.

Immer wieder fällt in den Gesprächen das Stichwort „Bodentruppen“ – auch wenn Verteidigungsminister Rudolf Scharping diese Eskalation des Krieges derzeit ausschließt. „Niemand hätte gedacht, daß das Ding so heiß wird. Aber wenn der Einsatzbefehl kommt“, sagt Oberfeldwebel Volker Spickermann, 28, aus Xanten in Nordrhein-Westfalen, „dann gehen wir.“

Susanne Koelbl

Schritt für Schritt

Wichtige Einsätze der Bundeswehr seit dem Fall der Mauer

Sommer 1990 bis März 1991

Als Zeichen der Solidarität mit den im Irak-Kuwait-Konflikt engagierten Verbündeten sendet Deutschland Kriegsschiffe ins Mittelmeer.

ACTION PRESS

Deutsche Minensucher vor Kreta

April 1991

Deutsche Minensuchboote beginnen mit dem Minenräumen vor der Küste Kuweits.

Mai 1992 bis November 1993

Bonn entsendet Sanitäter nach Kambodscha, um Uno-Soldaten zu verarzten. Verteidigungsminister Rühe ernennt sie wegen ihres Einsatzes für die Zivilbevölkerung zu „Engeln von Phnom Penh“.

Juli 1992 bis Oktober 1996

Überwachung des Waffenembargos gegen die Staaten des früheren Jugoslawien. Rühe entsendet Zerstörer und Aufklärungsflugzeuge in die Adria. Deutsche „Transall“-Flugzeuge fliegen Hilfsgüter ins belagerte Sarajevo.

April 1993 bis Dezember 1995

Bundeswehr-Soldaten beteiligen sich an der Nato-Aktion zur Überwachung des Flugverbots über Bosnien.

August 1993 bis März 1994

Deutschland schickt ein Heereskontingent zum humanitären Einsatz nach Somalia. In befriedeten Gebieten des Bürgerkriegsstaates sollen die Soldaten ein Nachschublager organisieren. Italienische Truppen besorgen deren Schutz.

J. CHAVAKIS

Deutscher Soldat mit somalischen Kindern

August bis Dezember 1995

Bundeswehr-Sanitäter werden nach Kroatien, „Tornado“-Kampfflugzeuge nach Italien entsandt. Im Bundestag stimmen auch etliche Abgeordnete von SPD und Grünen zu. Außenminister Kinkel will „runter von der Zuschauertribüne“.

Dezember 1995 bis Dezember 1996

Zur Sicherung des Dayton-Abkommens beteiligen sich 4000 deutsche Soldaten am Ifor-Einsatz in Bosnien. Das Bundeswehr-Kontingent ist in Kroatien stationiert.

L. CHAPERON

Sfor-Truppen in Bosnien

Seit Dezember 1996

Die Bundeswehr ist auch bei der Sfor-Friedenstruppe dabei, diesmal jedoch in der bosnischen Krisenregion stationiert.

Oktober 1998

Bundestagsbeschluß zur Beteiligung deutscher „Tornados“ an einem möglichen begrenzten Luftkrieg der Nato gegen Jugoslawien.

Februar 1999

Der Bundestag beschließt, deutsche Truppen zur Unterstützung einer möglichen Friedenstruppe im Kosovo zu entsenden. Teile der Truppe sind bereits in Mazedonien stationiert.

24. März 1999

Beginn des Nato-Luftkriegs gegen Jugoslawien unter deutscher Teilnahme.

DER SPIEGEL

men gestorben sei, beschäftigt Schröder. Das hat er gewiß nicht im Sinn gehabt, als er Kanzler werden wollte.

Von ihrer Biographie her sind die drei an der Spitze auf diese Lage wenig vorbereitet. Zwar teilte keiner von ihnen den Missionsdrang der Friedensmenschen, für die Krieg als Mittel zutiefst unmoralisch war. Aber deren Grundhaltung, die sich 1983 bei den Friedenscamps von Mutlangen zeigte, fühlten sie sich nicht fern: „Gewaltfreiheit ist der Versuch, Gewalt dadurch zu überwinden, daß man sie bewußt erleidet.“

Spätestens die Greuelmeldungen vom Balkan haben die politischen Profis belehrt, daß Verzicht auf Gewalt ebenfalls unmoralisch sein kann. Jetzt suchen sie innere Entlastung aus der Gewißheit, das Richtige zu wollen und dafür etwas zu tun.

Auch Außenminister Fischer weiß nur zu genau, auf welches Risiko er sich eingelassen hat. Wie viele seiner Generation wollte er die Institutionen verändern. Am Ende aber haben die Institutionen den einstigen Straßenkämpfer fast bis zur Unkenntlichkeit verwandelt.

Während sich andere auch heute noch mit Selbstzweifeln plagen, die aus ihrer eigenen Geschichte herrühren, ist Fischer inzwischen mit sich im reinen. Natürlich frage er sich, ob das stimme, „wenn man heute als Kriegstreiber bezeichnet wird“, bekannte der Außenminister vor Journalisten am Mittwoch. Doch ohne zu zögern, beantwortete er die Frage, ob er alles Menschenmögliche für eine diplomatische Lösung getan habe, für sich „mit einem klaren, kurzen Ja“.

Frühere Freunde schmähen ihn, weil er mithelfe, die Bundesrepublik nach einem mehr als 50jährigen Frieden in das erste kriegerische Abenteuer zu stürzen. „Deutschland“, hält er dagegen, „steht zum erstenmal in diesem Jahrhundert auf der richtigen Seite.“ So sieht das auch Scharping, der die Barbarei der Milošević-Killer mit dem eindeutigsten Vokabular geißelt: Völkermord, Schlachthaus, ethnische Säuberung, Selektierung, KZ.

Für den Verteidigungsminister, der so gar nichts Militaristisches verkörpert, sind die Greuel im Kosovo auch ein „Blick in die Fratze der deutschen Vergangenheit“. Scharping, dessen Vater in erster Ehe mit einer Jüdin verheiratet war, hat sich ein Leben lang damit herumgeschlagen, daß diese Ehe unter dem Druck der Nazi-Rassengesetze zerbrach. Kein Wunder, daß im Verteidigungsminister, der sich schon lange angewöhnt hat, seinen Körper zum Panzer gegen Gefühle zu versteifen, jetzt – für jeden erkennbar – ein eisiges Feuer glimmt. „Milošević“, sagt er, „gehört nach Den Haag vor ein Kriegsverbrechertribunal und nicht an einen Verhandlungstisch.“

Nichts fürchten die Bonner so sehr wie Irritation. In der Nacht bevor der Russen-Premier kam, hatte Schröder seine Minister Fischer, Scharping und auch Otto Schily zum Kriegsrat in den Kanzlerbungalow zusammengetrommelt.

Bis in den frühen Dienstagmorgen klopften sie jede Variante möglicher Vermittlungsvorschläge ab, die Primakow aus Belgrad mitbringen könnte. Sie argwöhnten ein raffiniertes Angebot, dessen Ablehnung sie kaum würden erklären können.

Ihre Sorge hatte historische Wurzeln. „Bloß kein zweites Rapallo“, schwor sich die Runde. 1922 hatten Sowjetrußland und Deutschlands Außenminister Walter Rathenau im italienischen Badeort Rapallo einen Freundschaftspakt geschlossen, der das Vertrauen des Westens in Deutschland untergrub, für Schröder ein Alptraum.

Als aber Primakow in Bonn vortrug, welche Bedingungen der jugoslawische Kriegsherr stellte – erst Einstellen der Luftangriffe, dann Rückzug seiner Soldateska aus dem Kosovo –, war der Kanzler zugleich enttäuscht und erleichtert. „Das war ja weniger als nichts“, sagte Außenminister Fischer. Kühl wies Schröder die Vorschläge zurück.

M. URBAN

Gegenspieler Ströbele, Fischer: *Bewußtes Risiko*

„Die Deutschen“, sagt Fischer, dürften nicht den geringsten Verdacht aufkommen lassen, „wir ließen uns von den USA trennen“. Primakows hastiger Aufbruch aus dem Kanzleramt wirkte wie eine Flucht.

Die Stimmung in den Regierungsparteien konnte dieser Abgang nicht beruhigen. Im SPD-Parteivorstand hatte Scharping schon am Montag für seine Überzeugung geworben. Aber auch die Parteispitze zeigte sich von den Aufwallungen der Basis beeindruckt. Klipp und klar ließ Hamburgs Ex-Bürgermeister Henning Voscherau die Runde wissen: „Ich halte die Entscheidung für falsch.“ Und er fügte an: „Wo soll das hinführen?“ Selbst Staatsminister Günter Verheugen nannte die völkerrechtliche Grundlage der Bombardements „sehr unsicher“.

Das Ansinnen von NRW-Regierungschef Wolfgang Clement, auch über den Einsatz von Bodentruppen nachzudenken, stieß auf vielstimmigen Widerspruch. Den Voscherau-Vorschlag indes, eine Entschließung gegen

AP

Albaner-Demonstration in Düsseldorf*: *Übergesetzlicher Notstand?*

Bodentruppen zu verabschieden, würgte Kanzler Schröder kurzerhand ab: „Dafür sehe ich keinen Entscheidungsbedarf."

Die Partei, die sich stets antimilitaristisch nannte, sucht nach neuer Orientierung. Einen Verteidigungsauftrag oder den Schutz deutscher Grenzen hätten die Genossen noch hinnehmen können. Doch ein Angriffskrieg auf dem Balkan, um Menschenrechte zu schützen und Vertreibung zu beenden – das führt bei manchem Sozialdemokraten zu Beklemmungen. Überall häufen sich Parteiaustritte, und je länger der Krieg dauert, desto mehr Mühe haben die Abgeordneten, ihn der Basis zu begründen.

Auch bei den Grünen bricht jetzt der Unmut aus, der lange verdeckt war. Viele waren bereit, ihrer Wunsch-Koalition eine Chance zu geben. Sie versuchten, die Zwänge der Regierungsbeteiligung nachzuvollziehen oder schönzureden.

Nunmehr aber hagelt es Proteste. Im Internet offenbaren die frustrierten Friedensfreunde ihre Wut. Sie drängen darauf, diese „unselige Koalition zu beenden". Der Ruf nach einem Sonderparteitag wird laut. Das Votum von drei Landesverbänden genügt, um ihn zu erzwingen. Sollte die Basis ihrem Außenminister ihr Vertrauen entziehen, wäre die Koalition am Ende.

„Es zerreißt jeden einzelnen von uns", klagt Realo Rezzo Schlauch. Aber, so hofft er, „nicht die Partei". Und die linke Angelika Beer beschreibt ihren inneren Konflikt: „Die Seele brennt."

Für viele der eher pazifistisch gestimmten Grünen ist die Militäraktion im Kosovo die letzte große Enttäuschung in einer Serie: Der Atomausstieg ist auf die lange Bank geschoben, die Ökosteuer nicht der Rede wert, die doppelte Staatsbürgerschaft nur ein mickriger Kompromiß. Nach 54 Jahren,

DPA

Mahnwache gegen Nato*: *Nicht zum Sterben geboren*

empörte sich der Alt-Linke Christian Ströbele im Parlament, „geht wieder Krieg von deutschem Boden aus".

Die Regierung unternimmt große Anstrengungen, diesem Eindruck entgegenzuwirken. Strikt meiden Militärs und Politiker aller Bündnispartner das einzig angemessene Wort für ihr Tun: Krieg. Schröder spricht nur von „Intervention", die Militärs von „Luftschlägen". Formaljuristisch ist das korrekt: Der Krieg wurde nicht „erklärt".

Als die Regierung Kohl die politischen Voraussetzungen für Einsätze außerhalb des Nato-Gebiets („out of area") schuf, gab es heftige Proteste. Gemeinsam kämpften Sozialdemokraten und Grüne gegen die Militarisierung der Außenpolitik. Die finale Logik dieser Politik ist jetzt der Krieg gegen Milošević – exekutiert vom SPD-Kanzler und dem Grünen-Außenminister.

Völkerrechtliche Erörterungen über Legalität und Legitimation des Krieges bleiben etwas für Feinschmecker. De facto ist es ein Angriffskrieg der Nato gegen einen souveränen Staat, juristisch kann er als übergesetzlicher Notstand im Sinne einer Maßnahme zur Nothilfe interpretiert werden.

Das allein reicht nicht. Demokratien wie die deutsche müssen für den Krieg immer wieder hochmoralische Begründungen finden – den Krieg als gerecht legitimieren, wollen sie die öffentliche Meinung und die Stimmung im Land hinter sich bringen.

Während in Westdeutschland der Nato-Einsatz auf mehr Zustimmung als Ablehnung stößt, lehnt ihn die Mehrheit der Ostdeutschen ab. Alle Umfragen kommen zum selben Ergebnis: Die Deutschen sind in dieser Frage gespalten.

Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD) hat dafür eine Erklärung: „Die Ostdeutschen sind es nicht gewöhnt, sich als Teil des Westens zu sehen." Zudem wirke das „Nichteinmischungsparadigma" der Breschnew-Zeit nach. Thierse kann die Haltung der Ostdeutschen nachempfinden, auch wenn er sie nicht teilt. Der Katholik spricht mit Blick auf den Nato-Einsatz von „entsetzlicher Alternativlosigkeit".

Hätte sich eine andere deutsche Regierung anders verhalten? Die rot-grüne Koalition stand unter zusätzlichem Beweiszwang. Sie muß beweisen, daß sie ein zuverlässiger Bündnispartner ist, ohne Sonderwege, ohne Kapriolen, ohne rechtliche oder geschichtliche Ausreden.

Nach Meinung prominenter Friedenskämpfer handeln Schröder, Fischer und Scharping sogar richtig. Sie sei Pazifistin, gesteht die ehemalige DDR-Bürgerrechtlerin Bärbel Bohley, die 1996 von Berlin nach Sarajevo zog. Aber im Krieg auf dem Balkan habe sie gelernt: „Pazifist kann man nur für sich sein. Wenn von einem ganzen Dorf nur noch ein einziger alter Mann übrig ist, dann erscheint es mir zynisch, noch über Pazifismus zu reden." Auch der SPD-Veteran Erhard Eppler, Vorbild für viele junge Friedensbewegte, sieht keine Alternative zum Krieg: „Der Nato-Einsatz ist schrecklich, aber er war unausweichlich."

Während SPD und Koalitionspartner mit der Dauer des Krieges in Erklärnot geraten, zeigen die SED-Nachfolger ungeniert ihre Freude über die Entwicklung. „Der Krieg ist zwar traurig", erklärte Parteistratege André Brie, „aber doch wohl eine Chance für die PDS." Und Parteisprecher Hanno Harnisch tönt: „Wir sind jetzt die einzige Antikriegspartei in Deutschland."

Die PDS hat ihre Büros direkt vis-à-vis vom Kanzleramt. Und wenn Gerhard Schröder auf die gegenüberliegende Straßenseite blickt – dorthin, von wo er einst aufbrach, um an Helmut Kohls Zaun zu rütteln –, dann sieht er in großen Lettern eine PDS-Inschrift: „Nein zum Krieg".

Lesen Sie ab Seite 150 die SPIEGEL-Titelgeschichte „Das Gespenst von Vietnam"

* Oben: am vergangenen Mittwoch; unten; am vergangenen Dienstag in Kassel.